

## Zur Anatomie von Protestbewegungen

**Bruno Schönfelder**

TU Bergakademie Freiberg, Fakultät 6

### **ZUSAMMENFASSUNG:**

*Vorgestellt wird ein noch relativ neuer soziologischer Theorieansatz, der die Häufigkeit und Relevanz von Protestbewegungen in der modernen Gesellschaft zu erklären versucht. Dieser wird mit herkömmlichen wirtschaftstheoretischen Vorstellungen in Zusammenhang gebracht und seine Tragweite am Beispiel ökologischer Protestbewegungen exemplifiziert.*

### **ABSTRACT:**

*The paper summarizes an innovative sociological theory of protest movements which is still rather new and little known outside German-language academic sociology proper. It seeks to explain the high frequency and considerable political impact of protest movements in the modern society. This theory is related to elements of traditional economic theory and applied to ecological protest movements.*

Das Wort Protestbewegung wird in diesem Text, um eine alte, in ihrem Bedeutungsinhalt nicht ganz klare Vokabel zu gebrauchen, werturteilsfrei verwendet. Es geht mithin nicht darum, Protest moralisch oder, wie man heute meist sagt, ethisch zu bewerten. Dies entspricht einer alten Tradition der Volkswirtschaftslehre und der Soziologie, die sich seit ihrer Entstehung im 18. bzw. 19. Jahrhundert primär als Wissenschaften von den Tatsachen des Sozial- und Wirtschaftslebens begriffen haben und damit eben nicht in der Nachfolge einer weitläufigen Utopie- und Dystopieliteratur, die sich, wie der Name Utopie besagt, mit einem Ort (topos) befasst, den es nicht gibt (ou) und der sich in folgedessen auch nicht finden lässt. Dass es sich um eine Wissenschaft von den Tatsachen des Sozial- und Wirtschaftslebens handelt, bedeutet auch, dass sie sich nicht sonderlich stark für den Erfüllungsgrad von Wünschen interessieren, es sei denn, es handle sich auch dabei wiederum um eine Tatsache des Soziallebens, nämlich eine tatsächlich vorhandene Unzufriedenheit bestimmter Bevölkerungskreise. Ebenso wenig versteht man sich als Erfüllungsgehilfe sozialgestalterischer Projekte, der Auskunft darüber gibt, wie Wünsche wahr werden.

Zu den Merkmalen von Protestbewegungen gehört ein Hang zur Utopie und zwar nicht zu einer verdeckten, sondern einer offenen. Die verdeckte findet sich auch in der normalen Politik der regierungsfähigen Parteien und organisatorisch gefestigter Interessengruppen wie beispielsweise der Gewerkschaften, aber der Utopiebezug der Protestbewegungen geht deutlich weiter. Lassen Sie mich den Unterschied an zwei Beispielen erläutern: Politik nimmt sich häufig vor, die Wirtschaft zu steuern. Sie kann dies aber nur in einem extrem eingeschränkten Sinne und auch das nur, wenn sie dabei mehr Hartnäckigkeit an den Tag legt als für demokratische Politik typisch ist. Die gravierende Einschränkung besteht darin, dass sie zwar bestimmte, stets nur wenige Differenzen zwischen Wunsch und Wirklichkeit vermindern kann, aber nicht den Zustand bestimmen kann, in den die Wirtschaft dabei gerät. Sie kann nicht ausschließen, dass unerwartete Nebenfolgen das Bild prägen und die Kosten der Differenzminderung unerträglich hoch werden. So hat etwa die italienische Wirtschaftspolitik das Ziel, die italienische Inflationsrate auf deutsches Niveau senken, durch den Euro erreicht, aber wenn sie geahnt hätte, in welchen Zustand die italienische Wirtschaft bei der Ausführung des Vorhabens geraten würde, hätte sie es wohl gelassen. Ebenso kann die deutsche Politik die deutsche Wirtschaft in dem sehr spezifischen (und wenig sinnvollen) Sinne dekarbonisieren, dass die Braunkohleverstromung in Deutschland aufhört, aber sie kann nicht gewährleisten, dass die Sache so abläuft, dass man dies auch nachträglich noch für eine gute Idee halten wird. Sicher ist nur, dass es Überraschungen geben wird, und nicht nur angenehme. Das verdeckte utopische Element regulärer Politik besteht darin, dass man behauptet, derartige Garantien ausstellen zu können. Der Unterschied zu Protestbewegungen ist, dass letztere nicht sich selbst, sondern andere für die Lösung der von ihnen thematisierten Probleme für zuständig halten. Wenn sie überhaupt Lösungsvorschläge unterbreiten, sind diese evident inpraktikabel und undurchdacht. Sie dienen vorwiegend Tarnungszwecken.

Aus noch weiter auszuführenden Gründen ist der Gegensatz zwischen dem Habitus des Wissenschaftlers und dem des Protestpolitikers viel ausgeprägter als gegenüber dem eines normalen Politikers. Dementsprechend schadet ein Verwischen dieses Gegensatzes der Glaubwürdigkeit von Wissenschaft viel stärker und sollte sich eine Stätte der Wissenschaft davor hüten, mit ökologischen Protestbewegungen zu kokettieren. Ich stehe unter dem Eindruck, dass die Klimaforschung heute darunter leidet, dass sie sich bei weitem nicht immer ausreichend stark von den ökologischen Protesten distanziert hat, die nach dem Niedergang der sozialistischen Bewegung in den 1970er Jahren zur wichtigsten Protestbewegung unserer Zeit aufgestiegen sind, in dieser Stellung im Weltmaßstab

neuerdings allerdings zunehmend heftig vom Islamismus konkurrenziert werden. Die nicht ausreichende Abgrenzung zu Politik und Protest hat zu einer Glaubwürdigkeitskrise der Klimaforschung geführt, die sich mittlerweile auch politisch auswirkt. Für neue wissenschaftliche Erkenntnis gilt fast stets, dass sie weit ins Unsichere gelegt sind, und das umso mehr je neuer sie sind. Für die Erzeugung derartiger Neuigkeiten ist die Wissenschaft in der modernen Gesellschaft gerade zuständig. Selbst wenn sich das neue Wissen in weiteren Nachprüfungen zum großen Teil als wahr erweist, haben diese Nachprüfungen einen beträchtlichen Zeitbedarf und führen sie stets zu gewichtigen Relativierungen und Korrekturen. Wissenschaft ruft nach gründlicher Überprüfung und das braucht Zeit. Sie verträgt keine Terminsetzungen. Soviel Zeit hat auch die normale demokratische Politik nicht und schon gar nicht die der Protestbewegungen, die geradezu existentiell darauf angewiesen ist, jeden sich bietenden Protestanlass unverzüglich aufzugreifen. Politisch verwertbar sind neue Erkenntnisse nur, wenn die Unsicherheiten, mit denen sie behaftet sind, unterdrückt und verdrängt werden. Wenn Wissenschaftler dennoch nach politischer Wirksamkeit gieren und sich mit Politik verbrüdern, wird die Wissenschaft später darunter zu leiden haben. Der Klimarat der UNO ist ein Beispiel für die langfristigen Glaubwürdigkeitskosten einer solchen Verbrüderung. Die Klimaforschung ist hier eine Art Teufelspakt eingegangen, der ihr kurzfristig den Vorteil einer beträchtlichen politischen Resonanz gesichert hat, aber um den Preis gravierender langfristiger Nachteile, wenn auch nicht unbedingt den ewiger Verdammnis.

Protestbewegungen sollten nicht als Anomalie, sondern als Bestandteil eines normalen demokratischen Politikbetriebs gesehen werden. Sie werden gerade als Folge einer gelungenen Demokratisierung und gefestigter Demokratie zum Dauerzustand. Wenn man die Protestgeschichte beispielsweise der Bundesrepublik angefangen mit den Protesten gegen die sog. Wiederbewaffnung verfolgt, sieht man sofort: Es wird bald wieder Proteste geben. Wir wissen nur noch nicht wogegen. Allerdings bleibt es paradox, wenn demokratische Wahlen, die im Kern ein Verfahren sind, das einen friedlichen Regierungswechsel ermöglicht, dazu genutzt werden, jemanden zu wählen, der eigentlich gar nicht regieren will. Und das ist mindestens seit den 1970er Jahren das gemeinsame Markenzeichen vieler Protestanten in vielen Industrieländern, und zwar gerade auch derjenigen Protestanten, die zumindest unter anderem auch dem ökologischen Protest frönen. Man versucht gar nicht erst, durch die Ausarbeitung eines breit angelegten Parteiprogramms Regierungsfähigkeit nachzuweisen, und wenn man dennoch in die Verlegenheit kommt regieren zu müssen, lernt man widerwillig on the job. Die griechische Regierung Tsipras ist dafür ein gutes Beispiel. Dies verweist auf einen erheblichen Unterschied zwischen den heutigen Protestbewegungen in den sog. Industrieländern und den radikalen Parteien der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, aber auch zum Islamismus. Man kann Lenin und Hitler vieles vorwerfen, aber nicht, dass sie nicht regieren wollten. Das wollten sie. Deswegen hinkt der Vergleich zwischen vielen heutigen Protestbewegungen und den Radikalen der 1920er und 1930er Jahre. Heute handelt es sich recht oft eher um eine Art von Selbstlahmlegung der Demokratie und sei es, indem man es zu seinem Regierungsprogramm macht, die Regierungsverantwortung an Volksentscheide zu delegieren, die zum politischen Desaster werden und einen Scherbenhaufen hinterlassen. Der Brexit lässt grüßen.

Die Schwierigkeiten, die ein beträchtlicher Teil der Politiktheorie einschließlich der volkswirtschaftliche mit diesem Phänomen hat, lassen sich darauf zurückführen, dass sie von der Vorstellung eines einigermaßen rational handelnden Wählerindividuums als Entscheidungsträger ausgeht und nicht recht weiß, wo es bei den politischen Wahlen geblieben ist. Eine von der luhmannschen Soziologie übernommene, immer noch recht neue Betrachtungsweise verabschiedet sich von der traditi-

onellen Vorstellung, dass die Gesellschaft aus Menschen, aus Individuen, besteht und die Bewusstseinsvorgänge im Inneren dieser Menschen über ihr Schicksal entscheiden. Stattdessen besteht sie aus Kommunikationen. Um das behaupten zu können, muss man den Kommunikationsbegriff weit genug fassen, so dass er die schriftliche Kommunikation und das Zahlen umschließt. Letzteres liegt den Ökonomen nicht fern und so hat Hayek (2003, S. 263), ein Nobelpreisträger der VWL, denn auch formuliert, dass es eigentlich „nur der verachtete ‚cash-nexus‘ ist, der die Große Gesellschaft zusammenhält“. Zu korrigieren ist an dieser Aussage nur, dass der cash-nexus eine notwendige Bedingung für die Große Gesellschaft ist, aber keine hinreichende, wobei das, was er die Große Gesellschaft nennt, im Unterschied zur Adelsgesellschaft noch des 17. Jahrhundert nicht mehr als Interaktion, Geselligkeit oder gar (noch abwegiger!) Gemeinschaft begriffen werden kann. Außer dem cash-nexus braucht es noch ein paar andere große Sozialsysteme.

Lassen Sie mich diesen Erklärungsansatz zunächst an dem alten Protestthema der sog. Lügenpresse illustrieren. Um zu erkennen, dass es nichts Neues ist, möge man sich an die gewalttätigen Angriffe der linksradikalen APO auf die Immobilien des Springerkonzerns erinnern, die sich in den 1960er Jahren ereigneten. Neu ist, dass das Thema der Lügenpresse einen Seitenwechsel vollzogen hat: Es ist von links nach rechts gewandert. Solche Seitenwechsel sind normal: Wichtige Themen der heutigen Linken wie z. B. Technikskepsis und -kritik waren im 19. Jahrhundert eine Domäne der konservativen Rechten. Ein heute gängiger Erklärungsversuch für Lügenpresse behauptet, dass ein beträchtlicher Teil der Journalisten eigentlich Aktivisten ist und zwar Aktivisten des linken Lagers. Als Volkswirt ist man gegenüber solchen Erklärungsversuchen skeptisch. Schließlich produziert die Presse für einen hart umkämpften Markt und da muss sich der Hersteller nach den Kundenwünschen richten. Die Presse schreibt das, was ihr Publikum vermutlich lesen will und hat dabei nur das Problem, dass man das streng genommen nicht wissen kann, weil es das Publikum selbst noch nicht weiß. Wüsste es das Publikum, so wäre es nicht mehr neu und infolgedessen auch nicht berichtenswert. Diese Sache läuft ersichtlich auf ein Ratespiel hinaus. Soziologisch ist gegen beide Erklärungsversuche einzuwenden, dass sie die Bedeutung des Denkens überschätzen und Soziales vorwiegend aus der Denkweise bestimmter Individuen heraus zu erklären versucht. Sie stecken in den Hinterlassenschaften einer humanistischen Tradition fest, und verkennen, wie sehr Soziales durch die Eigengesetzlichkeit von Kommunikation geprägt wird. Im vorliegenden Fall gilt: „Was wir über unsere Gesellschaft wissen, wissen wir durch die Massenmedien“, und deswegen ist es von maßgeblicher Bedeutung, ob und wie gut sich eine Nachricht dafür eignet, massenmedial in Richtung auf ein bestimmtes Publikum kommuniziert zu werden. Hier wirken von der Medienforschung schon lange enthüllte Selektionskriterien, die bei Massenmedien, die sich an breites Publikum wenden, so scharf selektieren, dass gar nicht selten Nachrichtenknappheit entsteht. Man kennt dies als das Problem des sog. Sommerlochs. Dies ist ein Problem für die Tagesschau, nicht für die FAZ. In dieser Not helfen Protestbewegungen aus und inszenieren etwas, was die Medienforschung ein Pseudoereignis nennt: ein Ereignis, das nur deswegen stattfindet, damit darüber massenmedial berichtet werden kann. Die Wirksamkeit einer Protestbewegung hängt maßgeblich davon ab, ob sich ihre Themen für derartige Inszenierungen eignen, wie gut sie den Selektionskriterien gekonnter massenmedialer Kommunikation genügen und wie geschickt sich die Bewegung dabei anstellt. Diese Kriterien haben seit Jahrzehnten die Ökothemen begünstigt. Viele von ihnen eignen sich vortrefflich und das schon allein deswegen, weil man beim Publikum den Eindruck einer allgemeinen Betroffenheit erwecken kann. Und das kann beim Medienkonsumenten einen Eindruck erzeugen, der dann laienhaft mit Lügenpresse umschrieben wird. Die Wirksamkeit der Protestbewegungen ist zu

einem beträchtlichen Teil einer symbiotischen Beziehung, einem heimlichen Bündnis, mit den Massenmedien geschuldet. Die Ausbreitung des Fernsehens hat dies erheblich begünstigt. Inwieweit die sich abzeichnende Ablösung des Fernsehens durch das Handy die Lage verändert, lässt sich noch nicht definitiv ausmachen.

Damit sind wir zugleich einer Charakterisierung von Protestbewegungen als Sozialsystemen nähergekommen. Anders als man aus dem Schulbuchwissen über biologische Evolution zu wissen glaubt, sieht die neuere Theorie die Quelle der Stabilität und Durchhaltefähigkeit von Sozialsystemen nicht in einem Sich-anpassen-können, sondern in einem Sich-abkoppeln-können. Die Abkoppelung kann auf sehr unterschiedliche Weise erfolgen. Das Paradebeispiel ist erneut die Wirtschaft, die durch ihre spezifische Kommunikationsweise, das Zahlen, und durch die Orientierung auf den monetären Gewinn ein Abkoppelungsverfahren von unübertreffbarer Effizienz entwickelt hat. Das ist das alte „non olet“ des Kaisers Nero. Wenn man das Geld, das in den römischen Bedürfnisanstalten verdient wurde, in den Händen hält, muss man nicht an den Gestank der Toiletten denken. Gemäß dieser Theorie der Sozialsysteme erklärt das ungewöhnlich glatte Funktionieren dieses Selbstabgrenzungsverfahrens jenes Phänomen, das man metaphorisch als Selbstheilungskraft der Marktwirtschaft beschrieben hat. Ein entwickeltes Sozialsystem ist so etwas wie eine kommunikative Sonderzone, in der erkennbar anders kommuniziert wird als in ihrer Umwelt und die Kommunikationen, die nicht die geforderten Erkennungsmerkmale aufweisen, als irrelevant abweist. Dass Protestbewegungen damit größere Schwierigkeiten haben als die Wirtschaft, erkennt man schon allein an ihren Konjunkturen. Die Konjunkturschwankungen der Protestbewegungen sind viel heftiger als die der Wirtschaft. Sie schwellen an und zerfallen wieder, nur um aus irgendeinem Anlass wieder zurückzukehren. Protestbewegungen werden, um dies zu wiederholen, hier als Kommunikationszusammenhänge aufgefasst, nicht als Anhäufung von Individuen. Was die Individuen anbetrifft, haben es Protestbewegungen typischerweise mit einem sehr instabilen Potential zu tun – nur wenige protestieren ein Leben lang. Selbst Jeremy Corbyn tut es nicht mehr so häufig wie früher. Stattdessen gilt: Die Individuen wechseln, der Protest bleibt. Für eine Soziologie der Protestbewegung käme es mithin darauf an, herauszuarbeiten, wie sich eine Protestbewegung, obwohl doch zweifelsohne ein Teil der Gesellschaft, so gut von der Gesellschaft abgrenzen kann, dass sie ihre Teilhaberschaft an der Gesellschaft gewissermaßen vergessen und ihre Forderungen als Forderungen an die Gesellschaft vortragen kann. Die Protestbewegung ist Teil der Gesellschaft und doch auch wieder nicht. Sie ist paradox begründet. Das ist an sich nichts Ungewöhnliches. Dasselbe ließe sich auch für die Wirtschaft zeigen oder das Recht. Für die Lebensfähigkeit des Sozialsystems muss dies kein Nachteil sein, sofern es ihr nur gelingt, dieses Paradox zu invisibilisieren, d. h. durch andere nicht-paradoxe Unterscheidungen zu ersetzen, die für sich genommen eine ausreichende Plausibilität besitzen. Im Fall der Wirtschaft ist dies vorzüglich gelungen, beim Recht gibt es schon eher Schwierigkeiten, aber im Großen und Ganzen klappt es auch dort. Aber wie schafft es die Protestbewegung, in ihren eigenen Augen mit den von ihr praktizierten Unterscheidungen aus der Gesellschaft hervorzutreten? Ich muss es hier bei einem Abgrenzungsgesichtspunkt belassen. Um protestieren und sich damit als Protestbewegung reproduzieren zu können, muss man ignorieren, dass die Probleme, die Protestbewegung thematisiert, hochkomplex, oft unlösbar oder allenfalls auf die lange Frist und in vielen kleinen Schritten lösbar sind. Gegen Komplexität kann man nicht protestieren. Würde sich die Protestbewegung die Komplexität der Probleme eingestehen, wäre sie schon im Zerfall begriffen. Zumindest ihr harter Kern muss die soziale Komplexität, die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften erkennbar machen, von sich abweisen und eine parawissenschaftliche Antiöko-

nomie (anti-economics) bevorzugen, die u. U. als sog. Heterodoxie getarnt werden kann. Wenn Wissenschaft sich mit Protestthemen befasst, ist sie wesensmäßig auf der anderen Seite, ist sie Teil dessen, wogegen protestiert wird. Wenn sie den Seitenwechsel versucht, riskiert sie ihre Identität. „Scientific knowledge is inherently inconclusive“. Wissenschaft ist ein Endlosprojekt. In den Realwissenschaften gibt es keine endgültig gelösten Fragen. Die Kohärenz wissenschaftlicher Kommunikation wird vom Zweifel kontrolliert. Wer protestiert, kann sich nicht zugleich Zweifeln am Sinn der Proteste hingeben, denn das würde dem Sozialsystem Protestbewegung einen frühen Tod bereiten. Der Protest braucht Gläubige, wohingegen die Attitüde des Wissenschaftlers die des Zweiflers ist.

Lassen Sie mich abschließend anmerken, dass in diesem kurzen Text nur eine der Funktionen thematisiert werden konnte, die Protestbewegungen in der modernen Gesellschaft erfüllen. Ihre beträchtliche Bedeutung lässt sich aber nicht aus einer einzigen Funktion heraus erklären, sondern nur aus einer Mehrzahl. Diese Einseitigkeit mag zu einer übertrieben negativen Sicht von Protestbewegungen verleiten. Deswegen soll eine zweite zumindest kurz erwähnt werden. Protestbewegungen übernehmen mitunter – keineswegs immer, die Mietproteste der letzten Zeit sind ein Gegenbeispiel – für schlecht organisierbare Interessen die Funktion von Interessensgruppen und das kann man positiv sehen, wenn man organisierte Interessen grundsätzlich für einen unverzichtbaren Pfeiler der Demokratie zu halten vermag.

#### **LITERATURVERZEICHNIS:**

Hayek, Friedrich von: Recht, Gesetz und Freiheit. Tübingen: Mohr 2003 [1982].

Luhmann, Niklas: Die Wissenschaft der Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1990.

Luhmann, Niklas: Soziologie des Risikos. Berlin: de Gruyter 1991.

Luhmann, Niklas. Protest. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1996 (zitiert als Luhmann 1996a)

Luhmann, Niklas: Die Realität der Massenmedien. Opladen: Westdeutscher Verlag 1996 (zitiert als Luhmann 1996b)